3. Bauzustandsbesichtigungen

./.

C. Sonstiges

1. Energiegipfel der Bundesregierung

Am 03.04.2006 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel der Energiegipfel der Bundesregierung in Berlin statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die wichtigsten Energiefragen zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Energiewirtschaft diskutiert. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatte Landrat Dieter Patt in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die besondere Bedeutung der Energiepolitik für den Rhein-Kreis Neuss hingewiesen. Dabei hat er ausführlich die Situation des Rhein-Kreises Neuss dargestellt und die vielfältigen Aktivitäten des Rhein-Kreises auf dem Energiesektor deutlich gemacht. Das Papier des Rhein-Kreises Neuss **(siehe Anlage 2)** ist auf Beachtung gestoßen und unterstreicht die Bedeutung und die Anstrengungen des Rhein-Kreises Neuss als Energiekreis und Wirtschaftsstandort.

Von großem Interesse für den Rhein-Kreis Neuss ist nach den Gesprächen in Berlin vor allem die Absicht der RWE Power AG in naher Zukunft ein „Kohlendioxidfreies Kraftwerk" zu errichten. Nach Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der RWE Power AG soll das Kraftwerk bereits 2014 ans Netz gehen. Die Standortfrage für das Projekt ist allerdings noch nicht entschieden. Landrat Dieter Patt hat sich für eine Standortentscheidung zu Gunsten des Rhein-Kreises Neuss ausgesprochen. Dazu hat der Vorstandsvorsitzende der RWE, Herr Roels, geantwortet **(siehe Anlage 3)**.

Die Pressemitteilung des Rhein-Kreis Neuss ist als **Anlage 4** dem Bericht zur Braunkohlenplanung beigefügt.

2. Biogasanlage der RWE Power

Als weiteres zukunftsweisendes Projekt, welches die Bedeutung des Rhein-Kreises Neuss als Energiekreis unterstreicht, ist die Errichtung einer Biogasanlage in Verbindung mit einem gasbetriebenen Blockheizkraftwerk durch RWE Power am Standort Grevenbroich-Neurath anzusehen. Die geplante Anlage soll eine Leistung von 700 kW aufweisen, was der Stromversorgung von rd. 1.600 Haushalten mit Strom entspricht. Als Einsatzstoff soll hauptsächlich Maissilage aus der heimischen Landwirtschaft eingesetzt werden.

3. Logistikcenter

Die RWE Power plant am Kraftwerksstandort Neurath den Bau eines zentralen Logistik-Centers, welches die zehn bestehenden dezentralen Materiallager im rheinischen Braunkohlenrevier ersetzen soll. Hierdurch soll die Versorgungsqualität der einzelnen Kraftwerksstandorte erhöht werden. Die RWE Power wird 9,5 Millionen in das Projekt investieren. Baubeginn ist für das Sommer 2006 vorgesehen. Die Pressemitteilung der RWE Power ist als **Anlage 5** beigefügt.

000022

Auszug aus der Einladung zum Kreisausschuss am 25.04.2006

Der Umsiedlungsprozeß konnte im Zuge der Erfahrungen im Rhein-Kreis Neuss seit den 60er - Jahren immer weiter entwickelt und so das Ziel der Sozialverträglichkeit erreicht werden. Zusätzliche Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Umsiedler, wie z.B. ein Mieterhandlungskonzept, haben zum Gelingen der Umsiedlungen von Otzenrath, Spenrath und Holz wesentlich beigetragen. Die Konzepte zur Information, Beteiligung und Einbindung der betroffenen Umsiedler in die Entscheidungsprozesse haben neue Maßstäbe gesetzt.

4.2. Grundwasserproblematik

Die Ursache des Problems ist der Wiederanstieg des Grundwasserspiegels auf das ursprüngliche Niveau nach Beendigung der Sümpfung für den Braunkohletagebau.

Im Rhein-Kreis Neuss davon betroffen (feuchtes Mauerwerk, nasse Keller etc.) sind Korschenbroich, Kaarst und Dormagen – Gohr. In der Stadt Korschenbroich sind rund **3500 Gebäude** – zum Teil sehr schwer – in Mitleidenschaft gezogen.

Um den betroffenen Menschen zu helfen und geeignete Lösungen zu suchen, hat der Rhein-Kreis Neuss im Jahr 2001 eine Grundwasserkommission, bestehend aus Vertretern des Kreistages und Fachleuten der Verwaltung, ins Leben gerufen. Die Leitung obliegt Herrn Landrat Dieter Patt.

Auszug aus der Einladung zum Kreisausschuss am 25.04.2006

000023

Aufgrund der politischen Initiativen aus dem Rhein-Kreis Neuss wurde eine Arbeitsgruppe Grundwasser unter Federführung der Staatskanzlei NRW ins Leben gerufen.

Verschiedene Lösungsansätze wurden entwickelt, um den Betroffenen zu helfen. Unter anderem wurde von Prof. Brameshuber von der **RWTH Aachen** ein Ertüchtigungskatalog entwickelt, um einzelne Gebäude nachträglich gegen das Eindringen von Grundwasser zu schützen. Dieser Katalog kann als **modellhaft für die gesamte Bundesrepublik** bezeichnet werden. Auf dieser Basis könnte ein entsprechendes **Forschungsvorhaben** initiiert werden.

Großflächige Hilfsmaßnahmen scheitern bisher am geltenden Wasserrecht und an den enormen Kosten.

Der Rhein-Kreis Neuss hat bis zum Jahr 2008 1,5 Mio. € für die Bewältigung der Grundwasserproblematik bereitgestellt. Die Zusammenarbeit von Politik, Vertretern verschiedenster Behörden und von externen Fachleuten kann nur als vorbildlich bezeichnet werden.